

**Vollversammlung des Diözesanrates der Katholiken  
der Erzdiözese München und Freising  
6./7. Oktober 2006 in Freising  
Prof. Dr. Alois Baumgartner, Vorsitzender**

[Es gilt das gesprochene Wort]

Anrede

Aus dem Bericht, den Frau Gröbmaier und Herr Streibl über die Arbeit des Vorstands des Diözesanrates der Katholiken gegeben haben, ist ersichtlich: Der Diözesanrat der Katholiken ist auf ganz unterschiedlichen Feldern tätig. Wir könnten fast täglich Stellungnahmen und Erklärungen zu gesellschaftspolitischen Themen abgeben. Und die Zukunft der Pastoral in der Erzdiözese gelicht einer fortwährenden Baustelle, die viel Kraft erfordert. Ich habe noch gut unsere Veranstaltung im Dezember des letzten Jahres zu 30 Jahre Würzburger Synode in Erinnerung. Synodale wie Dr. Walter Bayerlein, Dr. Christina Agerer-Kirchhof und Prälat Peter Neuhauser erinnerten uns fast wehmütig an eine Stimmung des Aufbruchs, des Dialogs und der Streitkultur, die damals durch den Kirchenraum wehte. Und vor allem wurde uns noch einmal klar, wie breit das Spektrum der kirchlichen und gesellschaftlichen Probleme war, um die dort gerungen wurde. In irgendeiner Weise muss uns diese Erfahrung auch weiterhin begleiten.

Doch bei all dem notwendigen Aufbruch, bei all den neuen Ideen und Projekten - das Problem ehrenamtlicher Arbeit liegt darin, dass man nur über ein bestimmtes Quantum an Leistungsfähigkeit verfügt. Bei uns stößt begrenzte Kapazität auf die Unbegrenztheit der Aufgaben. Und doch ist es schön, auf die vergangenen vier Jahre zurückzublicken. Ich glaube sagen zu dürfen: Unser Rat wird in der Bistumsleitung nicht einfach belächelt – als Rat unprofessioneller Laien. Wir werden ernst genommen – ernst genommen als Gremium, das die Impulse und Auffassungen der Getauften und Gefirmten zu koordinieren und zu vertreten versucht. Wir müssen uns dieses Recht nicht dauernd erkämpfen. Die Bistumsleitung kommt oft selbst auf uns zu und fragt nach unserer Meinung und Position - oder auch um Unterstützung. In besonderer Weise hat sich das im Ringen um die Zukunft der Pastoral in der Erzdiözese München und Freising gezeigt. Wir haben hier zu danken dem Sachausschuss „Territoriale Seelsorge: Landpastoral“ für sein Engagement und seine Zuarbeit. Sie alle möchte ich bitten, den Impuls der Bis-

tumsleitung aufzugreifen und nach Wegen zu suchen, wie die Zusammenarbeit in den größer werdenden Pfarrverbänden oder in den Stadtkirchen verbessert werden kann.

Vor allem aber war uns die letzten Jahre der Auftrag wichtig, christliche Überzeugungen in die unterschiedlichen Bereiche von Gesellschaft, Politik und Kultur hineinzutragen. Als Diözesanrat haben wir zu ganz unterschiedlichen Themen Stellung genommen. Eine Liste ist dem Bericht des Vorstands, den Frau Gröbmaier und Herr Streibl gegeben haben, angefügt. Als positiv erfahren habe ich unsere Politischen Runden, zu denen wir Verantwortliche aus Kirche, Politik und Verbänden in Abständen einladen. Diese sind ein gutes Beispiel dafür, wie ein Dialog seine Wirkung entfalten kann, auch wenn man nicht gleich an die Öffentlichkeit geht. Unsere Politische Runde zur Zukunft der Erwachsenenbildung hat die Abgeordneten des Landtags und die Vertreter des Ministeriums nachdenklich gemacht. Unsere auf der letzten Vollversammlung verabschiedete Erklärung zum Stellenwert der Katholischen Erwachsenenbildung wurde von Politikern positiv aufgegriffen. Viele Rückmeldungen sprachen von einer wertvollen Argumentationshilfe.

In unseren gesellschaftspolitischen Bemühungen ist in den letzten vier Jahren neben den klassischen Themen wie Familienpolitik, Migrationspolitik und Umweltpolitik ein Thema in besonderer Weise in den Vordergrund getreten: die Bildung. Die Ausgestaltung unseres Bildungswesen, von den vorschulischen Bildungsmöglichkeiten über Schule, Hochschule, berufliche Ausbildung bis hin zur Erwachsenenbildung wird zur Nagelprobe für die Chancengerechtigkeit in unserer Gesellschaft. Wenn wir zu recht sagen, dass wir zunehmend in einer Wissensgesellschaft leben werden, dann kann Bildung nicht nur einer Frage der Persönlichkeitsentfaltung, sie wird zugleich zu einer Frage der Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft.

Aus aktuellem Anlass möchte ich an eine Erklärung erinnern, die der Sachausschuss Wirtschaft und Arbeitswelt und der Katholikenrat der Region München im November 2002 abgegeben haben. Dort wird die soziale Verantwortung der unternehmerischen Wirtschaft – schon damals stand der Siemenskonzern im Blickpunkt - angemahnt. Was 2002 noch etwas zurückhaltend formuliert wurde, muss heute deutlicher ausgesprochen werden. Es ist erschreckend, mit welcher Radikalität dem arbeitenden Menschen gezeigt wird, dass er bloß austauschbare und abbaubare Manövriermasse ist. Man muss es so hart sagen: Erwerbsarbeit ist in manchen Branchen zu einem Ort der Erniedrigung geworden, zu einem Ort, in dem die Fähigkeiten des Arbeitnehmers missachtet werden, zu einem Ort, in dem er ständig unter Druck steht, zu einem Ort, von dem für den Einzelnen wie für seine Angehörigen existentielle Infragestellungen ausgehen. Das Bedürfnis der Arbeitnehmer nach Sicherheit und Planbarkeit wird

nicht mehr ernst genommen. Glaubt man im Ernst, die Verunsicherung sei der Schlüssel für gesteigerte Motivation, sei es, was die Arbeitsleistung, sei was die Familiengründung angeht? Die Unternehmen bieten zwar Auflösungsverträge mit Ablösungssummen an. Aber dies ist nur die eine Seite. Zugleich werden die „freigesetzten“ Arbeitnehmer auf das System der sozialen Sicherung verwiesen. Das heißt, die Unternehmen lassen sich ihre hastigen Umstrukturierungen im großen Stil von der Gemeinschaft der Sozialversicherten finanzieren und treiben damit die Sozialbeiträge in die Höhe. Am nächsten Tag halten diejenigen, die das ins Werk gesetzt haben, eine Pressekonferenz ab und beklagen, dass die hohen Sozialbeiträge den deutschen Standort belasten und zu einer Verlagerung der Arbeitsplätze zwingen. Dies geschieht seit 15 Jahren im großen Stil.

## II.

In vielen Bereichen von Wirtschaft und Politik herrscht derzeit eine Stimmung, der es nur darum geht, scheinbar alte Zöpfe abzuschneiden, ohne zu bedenken, was damit an politischer und sozialer Kultur verloren geht. Ich möchte nur an einen Punkt erinnern: Eine Erfahrung, die wir gesammelt haben, ist doch, dass nicht alle Güter der „unsichtbaren Hand“ des freien Marktes übergeben werden können und dürfen. Um die Grundbedürfnisse eines jeden Menschen befriedigen zu können, haben wir eine soziale Marktwirtschaft geschaffen. Zu deren Zielen zählt, dass allen Bevölkerungsschichten in allen Landesteilen die zur Befriedigung ihrer elementaren Bedürfnisse notwendigen Güter und Dienstleistungen so weit wie möglich zur Verfügung stehen. In Bayern genügt ein Blick in Artikel 83 der Bayerischen Verfassung und in Artikel 57 der Bayerischen Gemeindeordnung. Dort heißt es, dass die Gemeinden diejenigen öffentlichen Einrichtungen schaffen und erhalten sollen, die – ich zitiere – „für das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Wohl und die Förderung des Gemeinschaftslebens ihrer Einwohner erforderlich sind“. Kindergärten, örtliche Bildungseinrichtungen, der öffentliche Personennahverkehr oder die Versorgung der Bevölkerung mit Gesundheitsgütern, die Versorgung mit Energie und Wasser – das sind Bereiche, um die sich eine Gemeinde zum Wohle der gesamten örtlichen Gemeinschaft kümmern muss.

Genau dieses Ziel wird von den Verkündern einer liberalen Wirtschaftsphilosophie zunehmend in Frage gestellt. Sie möchten alles über den Markt regeln und den Wettbewerb regeln. Der Markt aber könne nur funktionieren, wenn sich der Staat aus wirtschaftlichen Prozessen ganz heraushalte. Dem kommt die öffentliche Hand heute schon manchmal bereit willig nach. So versuchen z.B. viele Kommunen ihre Finanzen durch Verkauf oder durch Umwandlung von kommunalen Betrieben, von Sozialwohnungen, von Wasserversorgung, Stadtwerken und Krankenhäusern in den Griff zu bekommen. Oft sind Teilprivatisierungen oder Umwandlungen von städtischen Eigenbetrieben in GmbHs oder AGs erste Schritte, die zum endgültigen Ausverkauf ganzer Bereiche führen. Es wird uns immer klarer: Der Staat zieht sich zurück. Manchmal erscheint es so, als sei er dazu gezwungen, weil das Geld fehlt. Dem kommt gelegentlich eine öffentliche Meinung entgegen: Wir trauen es dem Staat auch nicht mehr zu, öffentliche Aufgaben wahrzunehmen. In einer globalisierten Welt, so die zentrale Behauptung, können die Leistungen des Staates besser von privaten Organisationen erbracht werden, von der Gesundheitsversorgung über die Wasserversorgung bis hin zum Bildungswesen. Der Markt regle alles besser, der Staat störe bloß. Privatwirtschaftlich lasse sich vieles effizienter organisieren, was die Staatskassen

unnötig belaste. Der Wettbewerb verbillige die Kosten für die Nutzer. Doch wenn alle gewinnen, wer zahlt dann die Zeche?

Die Privatisierung genuin öffentlicher Aufgaben ist nicht grundweg abzulehnen. Nachdenklich muss uns aber stimmen, wenn sich im Verhältnis Bürger-Staat eine rein ökonomische Sichtweise durchzusetzen scheint: Gut ist nur noch das, was sich rechnet, und schlecht ist, was sich nicht verkaufen lässt. Der „Markt“ gilt nicht mehr bloß als wirksames Instrument, sondern gleich als ein Messias, der alle Probleme wie von selbst für immer und zum Wohle aller löst.

Wir müssen uns bewusst sein, dass eine solche Sicht- und Handlungsweise langsam die soziale und politische Kultur verändert: Aus öffentlichen Gütern werden Konsumartikel und die Bürger als Träger sozialer Rechte werden zu Kunden auf dem Markt. Was beim Eintritt in das Freibad noch selbstverständlich war, wird bei Gebühren für das Wandern durch Wälder bedenklich. Noch bedenklicher wird es, wenn sich weniger kaufkräftige Schichten öffentliche Güter wie Bildung, Wasserversorgung etc. nicht mehr leisten können. Dass zum Beispiel Bildung ein öffentliches, kostenloses Gut ist, dieser Grundsatz wird Schritt für Schritt abgebaut. Eltern zahlen zwar noch keine Schulgebühren, aber die Lehrmittelfreiheit haben wir schon schrittweise abgeschafft. Wir veranstalten an Schulen Projektwochen, und lassen die Eltern dafür bezahlen. Und Universitäten verstehen wir als Unternehmen, für dessen Dienstleistungen der Kunde Student zu zahlen hat. Andererseits wird überlegt, ein kostenloses Kindergartenjahr einzuführen. Hier also reißt der Staat auf einmal eine Aufgabe an sich, obwohl an anderen Ecken ohne große Bedenken öffentliche Aufgaben abgestoßen werden. Es fehlt hier die Linie. Es geht quer durcheinander. Es fehlt das Verständnis davon, was die Rolle des Staates ist, warum es sinnvoll ist, dass er allein für die Bereitstellung von öffentlichen Gütern verantwortlich ist. Die Frage der Staatsaufgaben wird in einem Bereich so entschieden, in einem anderen dann wieder anders. Die Universitäten entlässt der Staat z. B. in die Selbstständigkeit, im Bereich des Kindergartens greift er mehr und mehr in die Selbstständigkeit ein.

Wir verabschieden uns Schritt für Schritt von einem gemeinwohlorientierten Staat. Die Sorge um das Wohl für alle ist doch der Grund dafür, dass kommunale und staatliche Betriebe für die Gesamtbevölkerung Leistungen der Daseinsvorsorge bereithalten, Sozialtarife für Bedürftige einführen und die – niemals rentable – Versorgung abgelegener Regionen sicherstellen. Öffentliche Dienstleistungen sind keine Profitbranchen wie die Produktion von Kugelschreibern oder der Handel mit Fernreisen. Bei ihnen geht es um die Verwirklichung von öffentlichen und gemeinnützigen Zwecken: um die Versorgung auch entlegener Gebiete und einkommensschwacher Bevölkerungsschichten, um hohe Qualität und

Versorgungssicherheit, um angemessene Arbeitsbedingungen und Umweltschutzziele. Nach der Privatisierung bleiben diese Aufgaben oft unerfüllt. Die öffentliche Hand bleibt auf den Kosten sitzen, ist aber der Möglichkeit der Querfinanzierung beraubt. Konnte früher die öffentliche Hand mit den Gewinnen aus rentablen Bereichen die unrentablen mitfinanzieren, so ist dies nach der Privatisierung nicht mehr möglich. Die Öffentlichkeit trägt die Kosten für das „Rosinenpicken“ der privaten Betreiber. Denn die Investoren übernehmen natürlich nur die profitablen Sektoren öffentlicher Betriebe, die verlustträchtigen Teile bleiben aber dem Staat und den Kommunen überlassen. Bei den privatisierten Gesellschaften wird rationalisiert. Unrentable Einzelleistungen werden gestrichen, etwa bei Regional- und Nebenbahnen. Der Politik bleibt dann die Wahl, diese Aufgaben aus Steuermitteln zu bestreiten oder ganz darauf zu verzichten. Die öffentliche Hand muss das auffangen, was die „unsichtbare Hand des Marktes“ durch die Finger rutschen lässt.

Es ist also wieder Zeit, sich über die Rolle des Staates zu verständigen, von der Bundespolitik bis zur kommunalpolitischen Ebene. Der entscheidende Orientierungspunkt hierfür kann das Sozialprinzip der Subsidiarität sein. Gemäß diesem Prinzip müssen „die gesellschaftlichen Strukturen daher (...) so gestaltet werden, daß die einzelnen und die kleineren Gemeinschaften den Freiraum haben, sich eigenständig und eigenverantwortlich zu entfalten. Es muß vermieden werden, daß die Gesellschaft, der Staat oder auch die Europäische Union Zuständigkeiten beanspruchen, die von nichtstaatlichen Trägern oder auf einer unteren Ebene des Gemeinwesens ebenso gut oder besser wahrgenommen werden könnten. Auf der anderen Seite müssen die einzelnen wie die kleinen Gemeinschaften aber auch die Hilfe erhalten, die sie zum eigenständigen, selbsthilfe- und gemeinwohlorientierten Handeln befähigt. Diese doppelte Bedeutung der Subsidiarität ist gerade in der gegenwärtigen Situation in Erinnerung zu rufen. Das Prinzip der Subsidiarität ernstzunehmen bedeutet, Abschied zu nehmen von dem Wunsch nach einem Wohlfahrtsstaat, der in paternalistischer Weise allen Bürgerinnen und Bürgern die Lebensvorsorge abnimmt. Demgegenüber gilt es, Eigenverantwortung und Eigeninitiative zu fördern. Es gilt, in den Betrieben wie in der Gesellschaft die vorhandenen menschlichen Fähigkeiten, Ideen, Initiativen und soziale Phantasie zum Tragen zu bringen und die Erneuerung der Sozialkultur zu fördern. Andererseits entspricht es nicht dem Sinn des Subsidiaritätsprinzips, wenn man es einseitig als Beschränkung staatlicher Zuständigkeit versteht. Geschieht dies, dann werden den einzelnen und den kleineren Gemeinschaften, insbesondere den Familien, Lasten aufgebürdet, die ihre Lebensmöglichkeiten im Vergleich zu anderen Gliedern der Gesellschaft erheblich beschränken. Gerade die Schwächeren brauchen Hilfe zur Selbsthilfe. Solidarität und Subsidiarität gehören also zusammen und bilden gemeinsam ein

Kriterienpaar zur Gestaltung der Gesellschaft im Sinne der sozialen Gerechtigkeit.“ (Sozialwort der Kirchen, Nr. 120f.)

### III.

Ich wünsche uns allen die Kraft der christlichen Hoffnung, die uns nicht müde werden lässt, für das Wohl aller Menschen einzutreten. Wir müssen uns bewusst sein: Wir leben in einer Zeit, in der die sozialen Schutzräume für die Menschen wegbrechen. Zum einen zieht sich der Staat zurück, zum anderen lösen sich traditionelle Solidarformen auf – von der Familie und der erweiterten Verwandtschaft bis hin zu Nachbarschaft und Gemeinde. Hierin liegt die Herausforderung: Der schrittweise Abbau sozialer Sicherungen und der Rückzug des Staates aus der Verantwortung für eine solidarische Daseinsvorsorge trifft hochgradig individualisierte Personen, die dem kalten Wind der Marktwirtschaft oft schutzlos ausgeliefert sind. Ein Teil der Menschen, die Starken und Gebildeten, kommt mit dieser Herausforderung zurecht. Andere sind überfordert, kommen nicht mehr mit. Sie drohen „überflüssig zu werden“. Als Christen müssen wir uns fragen: Wie können wir den Menschen ein wenig Sicherheit und Schutz bieten? Wie können wir Menschen Wertschätzung und Anerkennung geben, die zu der Masse derer zählen, die ignoriert und ausgegrenzt werden? Denn nur auf dieser Grundlage wird es uns gelingen, mit Hoffnung und Zuversicht an die Herausforderungen zu gehen.

Ich bedanke mich bei Ihnen allen, die Sie ehrenamtlich, in Räten und Verbänden, dazu beitragen, dass wir weiterhin in der Gesellschaft leben, in der es menschlich zugeht. Ihr Einsatz ist unersetzlich. Ja viel mehr: In Zeiten des Wandels und der knappen öffentlichen Kassen wird er immer wichtiger. Sie sind der „soziale Kitt“.